

Ressort: Gesundheit

Deutsche Krebshilfe für bundeseinheitliches Rauchverbot

Berlin, 29.05.2015, 14:25 Uhr

GDN - Die Deutsche Krebshilfe hat vor dem Weltnichtrauchertag an diesem Sonntag ein ausnahmsloses und bundeseinheitliches Rauchverbot in öffentlich zugänglichen Innenräumen gefordert. In einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Samstag) sagte der Vorstandsvorsitzende Gerd Nettekoven, der Nichtraucherschutz in Deutschland sei unübersichtlich und gleiche einem "Flickenteppich".

In einigen Bundesländern gebe es Probleme in der Kneipen-Gastronomie, während in anderen Ländern die Maßnahmen in Diskotheken oder Festzelten unbefriedigend seien. Derzeit gebe es zum Nichtraucherschutz ein Bundesgesetz und 16 verschiedene Landesgesetze mit schwer überschaubaren Ausnahmeregelungen, kritisierte Nettekoven. Ein einheitliches Bundesgesetz wäre nach seinen Worten die beste und sinnvollste Lösung. Vorbildhaft nannte er die gesetzlichen Regelungen in Bayern, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Nettekoven verwies in diesem Zusammenhang auf eine Umfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums, wonach die Akzeptanz für Rauchverbote stark gestiegen ist: von knapp 53 Prozent im Jahr 2008 auf 81 Prozent im Jahr 2014. Auch der Absatz von Tabakzigaretten sei rückläufig. Vor allem Jugendliche und junge Erwachsene rauchten weniger. Besorgt äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krebshilfe über den rapide ansteigenden Konsum von E-Zigaretten. Es sei zu befürchten, dass dadurch das Rauchen gesellschaftlich wieder mehr akzeptiert werde. Speziell Kinder könnten durch gezieltes Marketing dazu verführt werden. Nach Angaben der Deutschen Krebshilfe sterben jedes Jahr mehr als 110.000 Menschen in Deutschland vorzeitig an den Folgen des Rauchens sowie mindestens 3.300 Menschen, weil sie passiv mitrauchen. Frauen sind laut Deutscher Krebshilfe mittlerweile stärker gefährdet, Lungenkrebs zu bekommen, da sie im Vergleich zu früher vermehrt rauchen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-55321/deutsche-krebshilfe-fuer-bundeseinheitliches-rauchverbot.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619